

INFOBRIEF TÜRKEI

INFORMATIONSBRIEF FÜR POLITIK UND GESELLSCHAFT



MÜRBE ABER PROFITTRÄCHTIG - ÖKONOMISCHES ENSEMBLE TÜRKEI

ERDOĞANS »TOTALER KRIEG« UND DAS DEUTSCHE KAPITAL
VON MURAT ÇAKIR

Am 16. April wird über die Einführung des Präsidialsystems entschieden, das die absolute Herrschaft Erdoğan's verfassungsrechtlich verankern soll. Jenseits von Erdoğan's Interessen soll der sunnitische Konservatismus zementiert und die Unterstützung türkischer Kapitalfraktionen gesichert werden. Welche Haltung nehmen westliche Mächte zu diesem Projekt ein, welche Erwartungen kann eine demokratische Opposition an sie hegen?

Weiter auf Seite 3

FRAGILES WIRTSCHAFTSMODELL TÜRKEI – KONSTANTER PARTNER WESTLICHER INVESTOREN
INTERVIEW MIT ERROL BABACAN
VON MUSTAFA İLHAN

Wie gestalten sich die ökonomischen Beziehungen der Türkei zum Westen angesichts politischer Turbulenzen und diplomatischer Spannungen? Ziehen sich westliche Investoren aus der Türkei zurück und werden durch arabische ersetzt? Wie wirkt sich die Absenkung der Kreditnoten durch internationale Ratingagenturen aus?

Weiter auf Seite 10

KONJUNKTUREINBRUCH IN DER TÜRKEI: WO LIEGEN DIE URSACHEN?
VON ISMAIL DOGA KARATEPE

Die türkische Wirtschaft befindet sich in einer Krise. Die Konjunktur ist eingebrochen und die Lira wertet ab. Wo liegen die Ursachen? In Erdoğan's Machtstreben und den Terroranschlägen oder im ökonomischen Regime?

Weiter auf Seite 13

ZWISCHEN SPIRITUALITÄT UND KULTURTOURISMUS: NEO-OSMANISCHE STADTENTWICKLUNG IN EYÜP/
ISTANBUL
VON AYŞE ÖZTÜRK

Das Herrschaftsprojekt der AKP ist mit einer Neuinterpretation der Geschichte entlang neo-osmanischer und islamistischer Erzählungen verbunden. Ausgehend von den im Istanbuler Stadtviertel Eyüp aufgestellten Almosensteinen lässt sich aufzeigen, wie die islamisch-osmanische Deutung sich in der Stadtentwicklungspolitik niederschlägt.

Weiter auf Seite 16

IMPRESSUM

INFOBRIEF TÜRKEI Erscheint unregelmäßig

REDAKTION

Errol Babacan (Frankfurt/M.), Murat Cakir (Kassel), Özgür Genç (Kassel), Fitnat Tezerdi (Marburg), Ismail D. Karatepe (Kassel) und Anne Steckner (Berlin)

<http://infobrief-tuerkei.blogspot.com>

E-Mail: infobrieftuerkei@gmail.com

V.I.S.D.P.:

M. Cakir, Niddastr. 64, 60329 Frankfurt am Main

Gefördert von:

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG HESSEN

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

in den vergangenen Monaten bestimmten das Verfassungsreferendum und in zunehmendem Maße die Entwicklungen in den deutsch-türkischen Beziehungen die öffentlichen Diskussionen zur Türkei. Während das Referendum, obwohl mit einer offenkundigen Wahlmanipulation verbunden, sehr schnell wieder aus dem Blickfeld verschwunden ist, stehen die deutsch-türkischen Beziehungen weiterhin auf der Tagesordnung. Im diplomatischen Gebälk kracht es gewaltig. Nicht zuletzt in Verbindung mit den Bundestagswahlen überbieten sich die regierenden Parteien gegenseitig mit verbalen Distanzierungen gegenüber der Türkei. Auf Provokationen aus der Türkei folgen empörte Gesten aus der BRD. Indes hat die SPD die schon seit Beginn der Beitrittsverhandlungen bestehende Position der CDU, einen EU-Beitritt der Türkei abzulehnen, übernommen. Steht ein erster substantieller Schritt bevor? Wohl kaum, so Murat Çakır im ersten Beitrag dieser Ausgabe mit Blick auf die geopolitischen Ambitionen der BRD. Die langfristigen Interessen überwiegen auf beiden Seiten. Çakır legt dar, dass die deutsch-türkischen Beziehungen keinesfalls auf den EU-Beitrittsprozess begrenzt sind, geostrategische und wirtschaftliche Kooperationen sich auch ohne EU-Integration verfolgen lassen.

Als langfristig können auch die westlichen Kapitalanlagen in der Türkei angesehen werden. Entgegen der von Zeit zu Zeit vorgebrachten Behauptung, westliches Kapital zöge sich aus der Türkei zurück, besteht eine ungebrochene Einbindung der Türkei in westliche Kapital- und Warenströme. Gerade im wirtschaftlichen Bereich herrscht Kontinuität, wie Errol Babacan im Interview mit Mustafa İlhan hervorhebt. Westliche Direktinvestitionen, Kredite und Waren strömen aus dem »Westen« in die Türkei, um als Profite wieder zurückzukehren.

Das Interview wurde zu Anfang des Jahres geführt, als die türkische Lira erdrutschartig an Wert verlor. Eine Finanzkrise und Kreditklemme schienen bevorzustehen. Etliche Analysten sahen einen direkten Zusammenhang zur politischen Entwick-

lung. Das Machtstreben des Präsidenten Erdoğan, juristische und bürokratische Unsicherheiten in Folge der Reaktionen auf den Putschversuch sowie Terroranschläge wurden als Ursachen ausgemacht. Wie wenig zutreffend diese vermeintliche Kausalkette war, zeigte sich in der nachfolgenden Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage, obwohl die politische Lage sich weiter verschlechterte. Mit dem Referendum wurden die parlamentarische Demokratie und die Gewaltenteilung zu Grabe getragen, das Wahlergebnis selbst beruhte weder auf Legalität noch auf Legitimität. Das zentrale Argument von Ismail Karatepe in seinem Beitrag lautet vor diesem Hintergrund, dass die Gründe für die zu Anfang des Jahres sich erneut akut zeigende Krisenanfälligkeit der Türkei tiefer greifen und im makro-ökonomischen Regime liegen, das das ökonomische Ensemble mürbe gemacht habe. Karatepe liefert einen kritischen Einblick in die Struktur der türkischen Ökonomie.

Abgerundet wird die Ausgabe durch einen Artikel, der einen langfristigen thematischen Schwerpunkt des Infobriefs aufgreift, Prozesse der Hegemoniebildung zu untersuchen. Ausgehend von den im Istanbuler Stadtviertel Eyüp aufgestellten Almosensteinen zeigt Ayşe Öztürk auf, wie die islamisch-osmanische Weltanschauung sich in der Stadtentwicklungspolitik niederschlägt. Der Artikel macht darauf aufmerksam, dass das AKP-Projekt nicht allein auf Repression und Zwang beruht, sondern mit einer Reinterpretation von Geschichte und einer Materialisierung über Praktiken und Raumgestaltungen vorangebracht wird.

Eine interessante Lektüre wünscht im Namen der Redaktion

Errol Babacan ■■■

ERDOĞANS »TOTALER KRIEG« UND DAS DEUTSCHE KAPITAL

VON MURAT ÇAKIR

Alle Beobachter*innen sind einhellig der Meinung, dass das Verfassungsreferendum am 16. April 2017 über die Einführung eines Präsidentsystems einen Wendepunkt in der türkischen Geschichte darstellen wird. Bekanntlich geht es bei diesem Referendum um die Änderung von 18 Artikeln der noch immer gültigen Junta-Verfassung. Die von der Militärdiktatur 1982 durchgesetzte Verfassung wurde bisher mehrfach geändert, doch an ihrem undemokratischen Wesen wurde nicht gerüttelt. Die Tatsache, dass in dem geplanten Präsidentsystem weder eine Gewaltenteilung vorgesehen ist, noch eine legislative Kompetenz des türkischen Parlaments vorhanden sein wird, deutet unmissverständlich auf die Etablierung einer Autokratie, die auf Erdoğan zugeschnitten ist. Zwar wird in den bürgerlichen Medien der BRD spekuliert, ob dieses Präsidentsystem Erdoğan überleben kann, aber ungeachtet dessen steht schon heute fest, dass unter den Bedingungen eines Präsidentsystems die nahe Zukunft der Türkei sehr düster sein wird.

Fraglich ist jedoch, ob mit der Einführung des Präsidentsystems wirklich ein Wendepunkt erreicht wird oder von einer Restaurierung eines Kapitalakkumulationsregimes gesprochen werden müsste, welches in der Kontinuität des Militärputsches vom 12. September 1980 steht. Immerhin wird ein »Ja« am 16. April 2017 nichts anderes bedeuten, als die derzeitige de facto Situation verfassungsrechtlich zu verankern. Abgesehen davon hat die »parlamentarische Demokratie« der Türkei seit langem kaum etwas mit einer »freiheitlich-demokratischen Grundordnung« zu tun. Mit der Verfassungsänderung von 2010 wurde die Unabhängigkeit der Justizorgane von der Regierung faktisch abgeschafft. Von einer Gewaltenteilung kann schon heute niemand sprechen. Aufgrund des praktizierten Feindstrafrechts verdient die Türkei das Prädikat Unrechtsstaat!

Mit der Einführung des Präsidentsystems die Gesetzgebungskompetenz des türkischen Parlaments ausgehebelt und das Regieren mit Dekreten sowie weitreichenden Befugnissen ermöglicht. Ohne Frage, das Präsidentsystem macht Erdoğan zum abso-

luten Alleinherrscher. Aber, ist er das nicht schon heute? Seine Partei stellt die hegemoniale politische Kraft, Erdoğan hat heute faktisch den gesamten Staatsapparat sowie die gleichgeschalteten Medien unter seiner Kontrolle. Warum also dann dieses Referendum? Geht es nur um Erdoğan's Interessen? Wer steht hinter Erdoğan? Was ist nach dem 16. April zu erwarten – was bei einer »Nein«-, was bei einer »Ja«-Entscheidung? Welche Rolle spielen die EU, die NATO und insbesondere die BRD?

EINE DEMOKRATISCHE ENTSCHEIDUNG?

Zuallererst ist festzustellen, dass eine Abstimmung unter den Verhältnissen des fortwährenden Ausnahmezustandes und ungleichen Bedingungen des politischen »Wettbewerbs« nicht als »demokratisch« bezeichnet werden kann. Kurz nach den Parlamentswahlen vom 7. Juni 2015 hatte Erdoğan den »totalen Krieg gegen den Terror« ausgerufen. Daraus ist ein »totaler Krieg« gegen die demokratische Opposition geworden. Der gescheiterte Putschversuch am 15. Juli 2016 kam einem »Segen Gottes« [1] gleich, den Erdoğan und die AKP zu nutzen wussten. Zehntausende wurden verhaftet, kritische Stimmen weggesperrt und oppositionelle Medien wurden zerschlagen. Die Co-Vorsitzenden Selahattin Demirtaş und Figen Yüksekdağ, mehrere Abgeordnete, Parteifunktionäre und Bürgermeister*innen sowie kommunale Mandatsträger*innen des Linksbündnisses HDP sind in Haft. Streiks sind verboten, Gewerkschaften entmacht. 131 Journalist*innen sind im Gefängnis, nahezu 5.000 Akademiker*innen sowie tausende Beamte und Angestellte wurden entlassen. Während in den kurdischen Gebieten faktisch das Kriegsrecht herrscht und Kolonialpraktiken angewandt werden, sind die Kampagnenmöglichkeiten der Opposition stark eingeschränkt. [2] »Nein«-Befürworter*innen werden von Erdoğan persönlich als »Terroristen« diffamiert und öffentlich angeprangert. Sowohl die militarisierte Polizei als auch bewaffnete »zivile« Strukturen der AKP-Anhänger terrorisieren »Nein«-Aktivist*innen und verunmöglichen so deren Präsenz im öffentlichen Raum.

All diese Beispiele – und die Liste wäre noch zu erweitern – belegen, dass das Referendum in keiner Weise die Kriterien freier und gleicher Wahlen, also einer demokratischen Abstimmung erfüllt. Auch der Zwischenbericht des »Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte der OECD« vom 7. April 2017 bestätigt dies. Nicht auszuschließen ist darüber hinaus, dass in den kurdischen Gebieten, wo eine hohe HDP-Zustimmung vorhanden ist, versucht wird, die Stimmabgabe zu erschweren oder gar zu verhindern. Gerade in den von militärischen Spezialkräften zerstörten Siedlungsgebieten ist das zu erwarten.

Weder die AKP noch ihre faktische Koalitionspartnerin, die neofaschistische MHP, scheinen ihre eigene Basis von der Notwendigkeit eines »Ja« überzeugt zu haben. Ministerpräsident Binali Yıldırım hat immer wieder erhebliche Argumentationsschwierigkeiten, die Unterschiede zwischen der heutigen Konstellation und der nach einer Verfassungsänderung nachvollziehbar zu erklären. Eins steht jedenfalls fest: Wenn das Regime sich seiner Zustimmung sicher wäre, dann bestünde kein Grund, die politische und mediale Opposition zu unterdrücken. Die Erfahrung aus der Parlamentswahl vom 7. Juni 2015, als die AKP unter einigermassen fairen und gleichen Bedingungen ihre Mehrheit verlor, soll sich offensichtlich nicht wiederholen.

So setzt die AKP auf Repression und Stigmatisierung des »Nein«-Lagers, verherrlicht die Zeit der osmanischen Herrschaft, verteuft kemalistische Eliten, befördert die gesellschaftliche Polarisierung, instrumentalisiert die Spannungen in den Beziehungen zur EU, beschwört innere wie äußere Feinde, verbreitet Angst durch Horrorszenarien und preist ihre Megaprojekte und den vermeintlichen wirtschaftlichen Aufschwung – um so einen nationalistischen und sunnitisch-konservativen Mehrheitsblock zu zementieren.

WAS IST DAS ZIEL DES REFERENDUMS?

Als oberstes Ziel dieses Referendums kann die Zementierung der Machtverhältnisse zugunsten des türkischen Konservatismus genannt werden. Es geht aber auch darum, das derzeitige kapitalistische Verwertungssystem zu festigen und die Unterstützung sämtlicher Kapitalfraktionen zu sichern. Vor dem gescheiterten Putschversuch am 15. Juli 2016 konnte ein Machtkampf innerhalb der türkischen

Bourgeoisie verfolgt werden, der sich in den Auseinandersetzungen um das Präsidialsystem manifestierte. Mächtige, mit internationalen Konzernen verquickte Kapitalgruppen lehnten eine Machtkonzentration bei Erdoğan ab, das einem Protektionsversprechen an die kleineren, mit dem politischen Islam verbundenen Kapitalgruppen und einer staatlichen Intervention in die Organisierung der kapitalistischen Konkurrenz gleich kam. Heute jedoch kann konstatiert werden, dass auch sie hinter Erdoğan stehen.

Diese Haltungsänderung hängt damit zusammen, dass Erdoğan momentan alternativlos erscheint und die AKP trotz Reibungen die politische Vertretung der gesamten türkischen Bourgeoisie wahrnimmt. Ein viel wichtigerer Faktor ist jedoch der Kriegsverlauf in Syrien und im Irak, welcher sich auf die türkische Bourgeoisie einigend auswirkt. [3] Auch wenn heute die AKP und die MHP auf der einen und die kemalistische CHP auf der anderen Seite des Referendumlagers stehen, so fungiert die militärische Bekämpfung der kurdischen Befreiungsbewegung in ganz Kurdistan – also auch in Syrien und im Irak – als Bindemittel eines nationalistischen Zweckbündnisses zwischen diesen drei Parteien. Dem außenpolitischen Fiasko des Neo-Osmanismus folgt ein altbekanntes außenpolitisches Muster: Die Verhinderung von kurdischen Autonomiebemühungen, die Ausspielung der russischen bzw. persischen Karte in den Beziehungen mit den westlichen Mächten, das Festhalten an der »türkisch-islamischen Synthese« als offizielle Staatsideologie, die Ablehnung der Übertragung von Souveränitätsteilen an die EU.

Kurz nach dem gescheiterten Putschversuch sah es danach aus, dass das Präsidialsystem auf Eis gelegt wurde. Es entstand ein Bündnis, in dem auch die im Rahmen der »Ergenekon-Prozesse« inhaftierten, aber danach freigelassenen Offiziere, die sog. »Eurasier«, [4] ihren Platz gefunden hatten. Während die »Gülenisten« zu zehntausenden aus Ministerien, Staatsunternehmen, Militär-, Justiz- und Polizeiapparaten entfernt wurden, wurden die freigewordenen Plätze mit Kemalisten und Ultra-Nationalisten besetzt. [5] CHP und MHP sicherten ihre Unterstützung zu. Aber die CHP machte einen strategischen Fehler: Sie bestand darauf, ihre Kader im Außen- und Gesundheitsministerium einzusetzen, was die AKP entschieden ablehnte. Hinzu kam, dass die MHP und mit ihr die so genannten »Eu-

rasier« auf der Installierung von Absicherungsmechanismen beharrten. Die MHP drängte auf einen Verfassungsdeal und die AKP wiederum sah ihre Chance gekommen, das Präsidialsystem durchzusetzen. Da, wie Sinan Birdal zutreffend beschreibt, ein Teil der »Eurasier« und der MHP sowie die kemalistische CHP mit dem Verfassungsdeal nicht zufrieden waren, konnte im Parlament keine notwendige Mehrheit hergestellt werden und es reichte nur für die Ausrufung eines Referendums.

Damit ist auch zu erklären, warum das »Nein« der CHP und der Nationalisten nicht das Gleiche bedeutet, wie das »Nein« der HDP und anderen linken Kräften. Während letztere die Installation einer Diktatur abwehren wollen und antidemokratische Zustände anprangern, sprechen die CHP, Abtrünnige der MHP und andere Nationalisten davon, dass die Alleinherrschaft Erdoğan's die territoriale Einheit des Staates gefährde und ein autonomes Kurdistan ermöglichen würde. Weder die CHP noch die MHP-Abtrünnigen haben ein Problem damit, dass Abgeordnete der HDP inhaftiert sind, in den kurdischen Gebieten Kolonialpraktiken angewandt werden, Militäroperationen auf fremden Staatsgebiet stattfinden, der Ausnahmezustand aufrecht erhalten bleibt oder mit Streikverboten sowie wirtschaftsfreundlichen Dekreten die türkische Monopolbourgeoisie und internationale Konzerne umworben werden. Auch wenn die CHP kein monolithischer Block ist und durchaus linksliberale wie sozialdemokratische Teile beherbergt, hält sie als Ganzes, genau wie die AKP und die MHP, an der »Kolonie Kurdistan« fest und bleibt in der Gegnerschaft zu einer politischen Lösung der kurdischen Frage unnachgiebig. So entsteht ein halbherziges »Nein«, das die Position der AKP stärkt und die repressiven Zustände im Vorfeld des Referendums verdeckt.

Ohne Frage, ein »Ja« am 16. April wird die Installation eines diktatorischen Regimes auf verfassungsrechtlicher Ebene zur Folge haben. Nach einem »Ja« ist auch zu erwarten, dass Erdoğan auf vorgezogene Parlamentswahlen drängen wird, um die Opposition weiter zu schwächen. Trotzdem werden Erdoğan und die AKP auf die Zusammenarbeit mit nationalistischen Kräften, kemalistischen Eliten und der Generalität angewiesen bleiben, weil die AKP nicht über genügend Kader verfügt, die alleine das Funktionieren des Staatsapparates gewährleisten können und die Armee immer noch eine NATO-

Armee ist.

Doch was passiert, wenn – trotz allem – ein »Nein« herauskommt? Würden Erdoğan und die AKP dieses Ergebnis akzeptieren? Trotz gegenteiliger Behauptungen der AKP wird Erdoğan ein solches Ergebnis, was zur Schwächung seiner Machtposition führen könnte, mit Sicherheit zu relativieren versuchen. In diesem Fall besteht auch akut die Gefahr einer bürgerkriegsähnlichen Eskalation der Gewalt. Denn Erdoğan und die AKP verfügen über eine überdurchschnittlich bezahlte, personell mit AKP- und MHP-Militanten besetzte sowie mit Kriegsgerätschaft ausgestattete Armee von paramilitarisierten Polizeikräften. Zudem haben sie die massive Bewaffnung ihrer Anhängerschaft ermöglicht. Organisierte kriminelle Banden und bewaffnete »zivile« Strukturen wie die »Osmanenherde« haben unlängst Drohungen (»Wir werden in eurem Blut baden«, O-Ton des Mafiachefs Sedat Peker) ausgesprochen. Gänzlich ausgeschlossen kann diese Gefahr also nicht werden, zumal die kurdische Befreiungsbewegung ihren Fokus in Syrien und im Irak hat und die linke Opposition, die den Widerstand in westlichen Teilen leisten könnte, durch Repressionen und Zerschlagung geschwächt ist.

DAS DEUTSCHE KAPITAL UND DIE TÜRKEI

Erdoğan's harsche Rhetorik gegen Europa, seine »Nazi«-Vergleiche, die Inhaftierung des Journalisten Deniz Yücel als »deutscher Agent« auf der einen Seite und Auftrittsverbote für türkische Minister, »Erdoğan-Bashing« deutscher Medien, Forderungen nach Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen usw. auf der anderen Seite deuten darauf, dass die deutsch-türkischen Beziehungen zum Zerreißen gespannt sein müssten. In diesem Zusammenhang ist auch zu beobachten, dass innerhalb der deutschen wie türkischen linken Öffentlichkeit gewisse Hoffnungen aufkeimen und Erwartungen artikuliert werden. Als Führungsmacht der EU wird die BRD aufgefordert, »Erdoğan Einhalt zu gebieten«, keine Rüstungsgüter mehr zu verkaufen, Erdoğan die »Einreise zum G20-Gipfel in Hamburg zu verweigern« und das »türkische Regime in die Schranken zu weisen«. Aussichtsloses Unterfangen oder berechnete Forderungen?

Beides. Rüstungsverbote, Beendigung der Zusammenarbeit mit despotischen Regimen u. ä. sind berechnete Forderungen einer demokratischen Gesellschaft an ihre Regierung und es gilt weiterhin

für die Erfüllung dieser Forderungen zu streiten. Aber, es ist gleichzeitig ein aussichtsloses Unterfangen, solange die Machtverhältnisse nicht verschoben werden. Weder die CDU/CSU noch die SPD sind gewillt, die Zusammenarbeit mit dem türkischen Regime zu beenden.

Merkel machte bei ihrer Regierungserklärung Anfang März 2017 klar, dass eine Veränderung in der deutschen Türkeipolitik nicht ansteht. Sie machte deutlich, dass es nicht im deutschen Interesse sein kann, »dass sich die Türkei, immerhin ein Nato-Partner, weiter von uns entfernt«. [6] Auch die bürgerlichen Medien, die ansonsten gegenüber Erdoğan mit Häme nicht sparen, argumentieren ähnlich. So schrieb schon Michael Martens in der FAZ vom 8. November 2016: »Ganz gleich, wie die Türkei sich entwickelt, ist es im türkischen und im europäischen Interesse, im Gespräch zu bleiben – es muss ja kein Beitrittsgespräch sein. Doch selbst wenn an Europas südöstlichen Grenzen ein Staat entstehen sollte, in dem dauerhaft und systematisch Oppositionelle gefoltert und Menschenrechte missachtet werden, wäre es notwendig, am Dialog mit dem Nato-Partner festzuhalten«. Genau wie die regierungsnahen SWP, die empfiehlt, »die wirtschaftliche Abhängigkeit der Türkei von Europa zu nutzen«. Die Zollunion soll zügig reformiert, auf Dienstleistungen sowie Landwirtschaft ausgeweitet, aber dabei auf »symbolische Politik« verzichtet werden. [7]

In welche Richtung die Aufrechterhaltung des Dialogs trotz der Betonung von Menschenrechten als universelle Werte letztlich ausschlägt, hat die BRD oft genug bewiesen. Enge Kooperationen mit despotischen und diktatorischen Regimen bilden keine Ausnahmen. Immerhin haben deutsche Rüstungskonzerne alleine 2016 Rüstungsgüter im Wert von 6,88 Milliarden Euro ins Ausland verkauft – darunter für rund 3,7 Milliarden Euro an Saudi Arabien, die Golf-Emirate und Katar. Die Begründung für die Zusammenarbeit mit despotischen Regimen kommt vom sozialdemokratischen Außenminister Sigmar Gabriel: Rüstungsexporte würden »im sicherheitspolitischen Interesse Deutschlands« erfolgen.

Welche Rolle spielt aber nun dieses »sicherheitspolitische Interesse Deutschlands« in den angespannten Beziehungen zur Türkei? Warum wird einerseits an der scharfen Rhetorik gegen Erdoğan

festgehalten, Ermittlungen gegen türkische Geheimdienstler aufgenommen und Drohungen ausgesprochen, aber andererseits alles getan, damit »die Türkei sich nicht weiter von uns entfernt«?

Jenseits von Rüstungsexporten ist die Rüstungszusammenarbeit zu nennen. Die Türkei ist nicht nur einer der wichtigsten Absatzmärkte. Der militärisch-industrielle Komplex der Türkei, die sog. »Nationale Verteidigungsindustrie« die dem Staatssekretär für Verteidigungsindustrie unterstellt ist, ist für deutsche Rüstungskonzerne der wichtigste Hebel, die Rüstungsexportrichtlinien der Bundesregierung zu umgehen. [8] So wurde im Januar 2017 bekannt, dass die deutsche Rheinmetall, die türkische BMC (50 Prozent des Unternehmens hält das »Industrielle Komitee« der katarischen Streitkräfte) und der malaysische Rüstungskonzern Etika Strategien die Gründung der türkischen Tochtergesellschaft RBSS beschlossen haben. Das Gemeinschaftsunternehmen will Katar 1.000 gepanzerte Fahrzeuge verkaufen. Nach Medienberichten ist diese Initiative »Bestandteil einer aggressiven Marketingstrategie, die auf die Golfstaaten, den Nahen Osten und Zentralasien ausgerichtet ist«. [9] Rheinmetall hat zudem noch ein Tochterunternehmen in der Türkei, das mit dem größten staatlichen Rüstungskonzern MKEK zusammenarbeitet. Aber auch andere deutsche Rüstungskonzerne sind mit von der Partie. Während der europäische Großkonzern Airbus mit dem türkischen Militärflugzeugbauer TAI und dem Raketenhersteller Roketsan kooperiert, liefert MTU Friedrichshafen den Dieselmotor für den neuen türkischen Kampfpanzer »Altay«. Auch Krauss-Maffei-Wegmann ist in der Türkei aktiv und hat 2011 eine Tochterfirma in Istanbul eröffnet. Dank der Türkei sind so die »politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern«, wie die Rüstungsexportrichtlinien heißen, nicht mal das Papier wert, auf denen sie geschrieben stehen.

Ein weiterer Grund für das Doppelspiel ist sicherlich die Aufrechterhaltung des im März 2016 mit dem NATO-Partner geschlossenen »Flüchtlingsdeals«. Dazu meint Michael Thumann: »Das Flüchtlingsabkommen weist einen Weg, wie die EU in Zukunft mit der Türkei umgehen kann. Wenn es im Interesse beider Seiten ist, lassen sich mit Ankara Vereinbarungen schließen. Wer genau hinsieht, findet reichlich gemeinsame Interessen«.

[10] Thumann erinnert daran, dass die NATO weder der Türkei noch Griechenland trotz mehrerer Militärputsche die Tür gewiesen hat und empfiehlt, »wegen Erdoğan nicht die Nerven zu verlieren«. Da über den »strategischen Wert« der Türkei viel publiziert wurde, wird darauf hier nicht näher eingegangen und auf die Endnote [11] verwiesen.

INTERESSENKOLLISIONEN

Diese und weitere Gründe, wie die Tatsache, dass über 6.000 deutsche Firmen in der Türkei produzieren und somit direkt vom türkischen Export profitieren, machen eine enge Zusammenarbeit mit einem Regime, »in dem dauerhaft und systematisch Oppositionelle gefoltert und Menschenrechte missachtet werden« möglich. Dennoch, darauf deuten die Spannungen hin, sind neben den vielen gemeinsamen Interessen auch Interessenkollisionen vorhanden.

Nachweislich sind das weder Menschenrechte und Folter noch Demokratie und Freiheiten. Es sind andere Gründe, und zwar – erstens – die Weigerung des AKP-Regimes, Teile ihrer Macht an die EU zu delegieren, also die Beschränkung der Souveränität zu akzeptieren. Mit dem extra für die Türkei erfundenen EU-Heranhilfsprozess sollte das schrittweise erreicht werden, was aber daran scheiterte, dass die AKP diesen Prozess für ihre eigenen Ziele instrumentalisierte. Für die AKP gilt: Zollunion: Ja! Aber die Erfüllung der »Kopenhagener Kriterien«, besonders jene für Grundrechte und Freiheiten: Nein! Für das deutsche Kapital sind dagegen die supranationale Organisation und der EU-Binnenmarkt die wichtigsten Grundlagen, um die BRD zu einer globalen Ordnungsmacht formen zu können. Dies wird umso schwieriger, je weniger die EU-Peripherie kontrolliert werden kann und je mehr strategische Partner wie die Türkei eigene Ziele verfolgen.

Erdoğan beharrt auf der staatlichen Souveränität und versucht durch Neuorientierung strategische Optionen zu erhöhen. Deshalb sucht das Regime die Nähe der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO), was in der BRD – zweitens – auf keine Gegenliebe stößt. Die Türkei ist seit 2012 so genannter »Dialogpartner« der SCO und hat wiederholt ihr Interesse an einer Vollmitgliedschaft, zuletzt im November 2016, bekundet. Angesichts dieser »türkischen Charmeoffensive« ermahnt zum Beispiel die Bundesakademie für Sicherheitspolitik

(BAKS), dass »bei der EU und den USA die Alarmglocken schrillen« sollten. [12] Auch wenn die BAKS die Chancen für eine türkische SCO-Mitgliedschaft, aufgrund Chinas »Risikovermeidungsstrategie« als gering einschätzt, reicht selbst eine unverbindliche Interessenbekundung eines strategischen Partners aus, um für Nervosität zu sorgen. Im Arbeitspapier wird das so formuliert: »Mit Blick auf Pekings Position in der Sache ist es wahrscheinlich, dass die türkische Integration in die SCO vorerst nicht über den Beobachterstatus hinausgehen wird. Dennoch stellt die bloße Tatsache, dass Ankara mehr denn je entschlossen scheint, eine Vertiefung der Beziehungen zur SCO in Erwägung zu ziehen, eine beträchtliche Herausforderung für die bestehende europäische Sicherheitsarchitektur und die transatlantische Sicherheitszusammenarbeit dar«.

Als dritte Interessenkollision sind die Versuche der türkischen Führung zu nennen, ihre Rüstungsproduktion zu diversifizieren. Die Wiederannäherung an Russland scheint die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Während die »Syrien-Gespräche« in Astana, die von Russland, Iran und der Türkei organisiert werden und bei denen diese drei Länder sich als Garantmächte eines Waffenstillstands präsentiert haben, von den westlichen Mächten mit Befremden verfolgt wurden, schafft die Türkei Tatsachen. Nach dem Scheitern der Verhandlungen über den Kauf einer chinesischen Lizenz für Luftverteidigungsraketen wurde Anfang 2017 bekannt, dass Türkei und Russland über den Erwerb der Baulizenz des »Mobilen Mehrkanal-Luftabwehrraketensystem S-400 Triumph« verhandeln. Entgegen deutscher Warnungen, dass weder die chinesischen noch die russischen Raketen mit NATO-Standards kompatibel sind, machte Erdoğan deutlich, dass die Türkei zuerst für rund 4 Milliarden Dollar die S-400-Raketen kaufen und später diese selbst produzieren wolle, um ein vom Ausland unabhängiges Raketenschild zu errichten. Das ist in der Tat etwas, was die BRD alarmiert.

Eine vierte Kollision entsteht durch die Tatsache, dass die BRD die faschistoide Gülen-Bewegung protegiert. Während die AKP-Regierung die Gülen-Bewegung als »terroristische Organisation« einstuft und entsprechend verfolgt, sieht der Chef des Bundesnachrichtendienstes (BND), Bruno Kahl, keine Anzeichen dafür, dass diese Bewegung hinter dem gescheiterten Putschversuch stecke. Im Gegenteil, der BND-Chef erklärt öffentlich, dass die Gülen-

Bewegung »weder islamistisch-extremistisch oder gar terroristisch« sei. Nach Ansicht von Kahl sei die Bewegung eine »zivile Vereinigung zur religiösen und säkularen Weiterbildung«. Diese absurde Behauptung hat nichts mit Naivität oder Unkenntnis zu tun, sondern ist ein »Wink mit dem Zaunpfahl« in Richtung AKP. Um die Lesbarkeit dieses Artikels nicht über zu strapazieren, soll hier der Hinweis auf ein Artikel genügen, indem das wahre Gesicht der Gülen-Bewegung offen gelegt wird. [13]

FAZIT

Das Konglomerat von gemeinsamen Interessen und Interessenkollisionen erschwert es für Außenstehende und weniger Informierte, die deutsch-türkischen Beziehungen einschätzen zu können. Linke in der BRD sollten sich von der pauschalen Vorstellung verabschieden, die Bundesregierung sei gewillt, dem antidemokratischen Treiben des AKP-Regimes Substantielles entgegenzusetzen. Die bisherige Praxis macht deutlich, dass die Türkei-Politik sich stets an geostrategischen Interessen orientiert. Das ist die Konstante seit Jahrzehnten, auf die die herrschenden Gruppen in der Türkei bauen können.

Die Tatsache, dass gegen 20 mutmaßliche türkische Spione Ermittlungen aufgenommen wurden, sollte nicht täuschen: Die geheimdienstliche, militärische und polizeiliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern gedeiht weiterhin prächtig. Entgegen der öffentlichkeitswirksam zur Schau gestellten Empörung der Bundesregierung wegen der Ausspähung von Gülen-Anhängern, greifen bundesdeutsche Behörden bei repressiven Verfahren gegen kurdische und türkische Aktivist*innen gerne und unverblümt auf »geheimdienstliche Informationen« aus der Türkei zurück. Die Bundesregierung setzt die AKP-Politik gegen die linke Opposition in der BRD um. Was bei den Gülen-Leuten skandalisiert wird, wird bei Verfahren gegen kurdische und türkische Aktivist*innen von der Generalbundesanwaltschaft als Beweismittel verwertet. [14]

Daher ist davon auszugehen, dass die Bundesregierung auch ein positives Ergebnis des Verfassungsreferendums als eine »demokratische Willensbildung einer befreundeten Nation« akzeptieren und weiterhin auf enge Kooperation mit dem AKP-Regime setzen wird. Ein Ausscheren der Türkei aus dem westlichen Bündnis würde einen immensen Machtverlust beziehungsweise einen Schlag gegen

die geopolitischen Ambitionen als aufstrebende Weltmacht bedeuten. Beide Seiten wissen, dass die gemeinsamen Interessen langfristig überwiegen. Eine Diktatur an der südöstlichen Flanke Europas, die im Bund mit der BRD in der Region agiert und die politischen wie ökonomischen Erwartungen des deutschen Kapitals erfüllt, ist ein viel »besserer« Partner als ein demokratischer Staat, dessen Regierung sich an Frieden und sozialer Gerechtigkeit orientiert und die neoliberalen Diktate sowie imperialistischen Strategien hinterfragt – egal, ob daran Menschen zugrunde gehen oder nicht.

Auch wenn die Installation einer Autokratie bevorsteht und die Hegemonie des türkischen Konservatismus wie in Beton gegossen scheint, gibt es keinen Grund, die Flinte ins Korn zu werfen. Auch wenn die Opposition, vor allem linke und sozialistische Kräfte geschwächt sind, wird die Hoffnung für eine bessere Zukunft der Türkei bestehen, solange noch Menschen da sind, die für Frieden, Demokratie, Gleichberechtigung, Freiheiten und soziale Gerechtigkeit kämpfen. Im Rahmen der »Nein-Kampagne« sind unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen zusammengekommen, haben gelernt, zusammen zu kämpfen und sich für einander einzusetzen. Die Herausforderung, ein breites gesellschaftliches Bündnis für Demokratisierung, soziale Gerechtigkeit und für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage aufzubauen, muss gemeistert werden. Jede »Nein«-Stimme ist die Stimme einer potentiellen Bündnispartner*in und wird die Hoffnung auf ein breiteres Bündnis nähren.

Linke Internationalist*innen sollten alle Demokrat*innen unterstützen, die sich gegen die AKP-Diktatur wenden und ihnen in ihrem Bemühen für eine bessere Zukunft beistehen. Hierfür müssen zuallererst im eigenen Lande die Verhältnisse zum Tanzen gebracht werden. Wer Erdoğan und Konsorten bekämpfen will, muss sich dem deutschen Kapital, vor allem den deutschen Rüstungskonzernen entgegenstellen. ■■■

[1] Errol Babacan, Der fingierte Putsch – Gottes Segen, in: Infobrief Türkei, <http://infobrief-tuerkei.blogspot.de/2016/07/der-fingierte-putsch-gottes-segen.html>

[2] Joachim Becker, Türkei: Verfassungsreferendum im Ausnahmezustand, in: Infobrief Türkei, <http://infobrief-tuerkei.blogspot.de/2017/03/tuerkei-verfassungsreferendum.html>

[3] Errol Babacan, Die Türkei: Abkehr des Westens, Diktatur

und Staatskrise, in: Infobrief Türkei, <http://infobrief-tuerkei.blogspot.de/2016/11/die-tuerkei-abkehr-des-westens-diktatur.html>

[4] Sinan Birdal, Atlantiker, Eurasier, Nationalisten – turbulente Koalitionen der AKP, in: Infobrief Türkei, <http://infobrief-tuerkei.blogspot.de/2017/01/atlantiker-eurasier-nationalisten.html>

[5] Murat Çakır, Die neuen Stützen des AKP-Regimes, RLS-Standpunkte 23/2016, https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_23-2016.pdf

[6] Süddeutsche Zeitung vom 9. März 2017, <http://www.sueddeutsche.de/politik/regierungserklaerung-vor-eu-gipfel-klare-worte-in-gelegentlich-hysterischen-zeiten-1.3412026>

[7] Günter Seufert, Die Türkei wird Teil des Nahen Ostens, in: SWP Berlin, »Krisenlandschaften« Ausblick 2017, Januar 2017, S. 39-42.

[8] <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/A/ausenwirtschaftsrecht-grundsaeetze.html>

[9] <https://www.nachrichtenexpress.com/2017/01/tuerkei-und-deutschland-kooperieren-im-ruestungssektor/>

[10] Michael Thumann, Abschied von Europa. Erdogans Politik zum Trotz: Ein Abbruch der Beitrittsgespräche wäre falsch, in: Internationale Politik 2, März / April 2017, S. 71-75.

[11] Murat Çakır, »Noble Einsamkeit« und strategische Prioritäten – Über die vermeintlichen Verwerfungen in den deutsch-türkischen Beziehungen, <http://murat-cakir.blogspot.de/2016/09/noble-einsamkeit-und-strategische.html>

[12] Jan Gaspers/Mikko Huotari/Thomas Eder, Kann die Türkei die Shanghai-Karte ausspielen?, in: Arbeitspapier Sicherheitspolitik, Nr.: 6/2017.

[13] Nick Brauns/Murat Çakır, Die faschistoide Vorfelddorganisation. Über die Gülen-Bewegung und ihre Verstrickung in den gescheiterten Putschversuch in der Türkei, <http://murat-cakir.blogspot.de/2016/11/die-faschistoide-vorfelddorganisation.html>

[14] Nick Brauns, Deutsche Doppelmoral, in: Tageszeitung junge Welt vom 7. April 2017, <https://www.jungewelt.de/artikel/308591.deutsche-doppelmoral.html>

FRAGILES WIRTSCHAFTSMODELL TÜRKEI – KONSTANTER PARTNER WESTLICHER INVESTOREN

INTERVIEW MIT ERROL BABACAN

VON MUSTAFA İLHAN

Der Druck auf die Türkische Lira steigt. Nach dem Putschversuch vom 15. Juli 2016 haben die Ratingagenturen Moody's, S&P und zuletzt Fitch die Kreditwürdigkeit der Türkei auf Ramschniveau herabgestuft. Zur Jahreswende 2016/2017 kam es zu einem Kursrutsch. Die Zentralbank der Türkei reagierte, indem sie die Obergrenze des Zinskorridors von 8,5 auf 9,25 % erhöhte. Den Leitzins beließ sie bei 8 %. Eine teilweise Erholung der Lira setzte ein.

Was bedeutet es, wenn Ratingagenturen die Kreditnote eines Schwellenlandes wie der Türkei herabsetzen?

Errol Babacan: Ratingagenturen erfüllen insbesondere für institutionelle Anleger die Funktion einer Risikosteuerung. Die Absenkung der Note der Türkei auf »Nicht-Investitionsfähig« bewirkt, dass bestimmte Anleger wegbleiben oder sich zurückziehen werden. Die Abnahme von Kapitalzuflüssen erhöht den Druck auf die Lira. Das Defizit in der Zahlungsbilanz, dem ein Handelsbilanzdefizit zugrunde liegt, steigt, woraus schließlich eine Finanzkrise hervorgehen könnte.

Neben einem solchen Effekt ist die Absenkung der Noten aber eher eine Reaktion auf eine langfristige Entwicklung. Die Lira wertet seit etwa vier Jahren ab. Das wirkt sich zunehmend auf die Unternehmen aus. In folgender Weise: Ökonomisches Wachstum – das Wachstum türkischer Unternehmen – wird von Außen finanziert. Insbesondere Technologie und Energie werden importiert. Hierfür werden Devisen (Dollar/Euro) benötigt, die zu einem erheblichen Teil durch die Aufnahme von Schulden besorgt werden. Vor der Krise im Jahr 2001 wurde dies über den Verkauf von Staatsanleihen gesteuert, danach haben sich Unternehmen zunehmend direkt ausländische Kredite besorgt.

Mit der Abwertung der Lira steigt der relative Preis für Importe wie auch für neue Auslandskredite, während für die Rückzahlung alter Kredite mehr Mittel aufgebracht werden müssen. Steigende Arbeitslosigkeit und Maßnahmen der Regierung zur

Restrukturierung von Schulden weisen darauf hin, dass etliche Unternehmen an eine Grenze gestoßen sind. Jedenfalls steigt der Druck durch die Absenkung der Note, aber das Problem bestand schon vorher.

Wenn wir uns die Entscheidung der Zentralbank der Türkei vor Augen halten, wie lange kann die Lira sich noch gegenüber dem Dollar halten?

EB: Ob es erneut zu einem Kursrutsch kommen wird? Das voraussehen zu wollen oder ein Datum zu nennen, wäre spekulativ. Entscheidungen, die von den Zentralbanken der USA und der EU getroffen werden, spielen eine wichtige Rolle, andere Faktoren können Einfluss nehmen, aber die Fragilität ist ohne Zweifel gegeben.

Eine Erhöhung der Zinsen durch die Zentralbank der Türkei bremst möglicherweise die Abwertung, löst aber das Problem nicht, verschiebt es lediglich. Eine Zinserhöhung würde den Konjunkturerinbruch vertiefen und den Konsum abwürgen. Die Kaufkraft der Privathaushalte ist begrenzt. Für Haushalte, die ihren Konsum mit Krediten finanzieren, und das sind sehr viele, hat eine Erhöhung eine bremsende oder verhindernde Wirkung. Dass sich dies wiederum negativ auf die Unternehmen auswirkt, ist klar. Das heißt, das Modell steckt in einer Zwickmühle.

Wie abhängig ist die türkische Ökonomie von westlichen Investoren?

EB: Dass das Modell trotz zunehmender Probleme aufrechterhalten werden kann, hängt mit der Geldpolitik in den Zentrumsländern zusammen. Um die globale Akkumulationskrise zu bekämpfen und um bestimmte Kapitalgruppen zu finanzieren (»zu retten«), pumpen die Zentralbanken Geld in die Märkte und halten die Zinsen nahe Null, teils liegen diese sogar faktisch unter Null. Solange dies so ist, fließt trotz steigender Risiken weiterhin Kapital in die Türkei. Die Gewinnaussichten überwiegen weiterhin. Aber durch eine Zinserhöhung in den Zentrumsländern, durch einen Abzug kurzfristiger Anlagen oder ein langfristiges Ausbleiben von

Kapitalzuflüssen würde eine Finanzkrise ausgelöst werden.

Mit fortschreitender Zeit wächst im Übrigen die potentielle Wucht der Krise, nichts anderes bedeutet die stetige Zunahme des Schuldenvolumens in der Türkei.

Welche Erwartungen stellen internationale Anleger an die Türkei?

EB: Jenseits besonderer Erwartungen an die Türkei erwarten Anleger, dass ihr Kapital sicher ist und selbstverständlich, dass es sich vermehrt. Was auch immer dafür nötig ist, soll getan werden. Werktätige, die keine Rechte fordern, die Arbeitsunfälle mit Krankheits- oder Todesfolge nicht mangelhaften Vorkehrungen, sondern dem Schicksal zuschreiben, erfüllen ideale Erwartungen; eine Bevölkerung, die Privatisierungen von natürlichen Ressourcen und Gemeineigentum hinnimmt, auch. Bei Kreditausfällen in Folge einer Krise und bei Unternehmenspleiten erwarten internationale Anleger, dass die Öffentlichkeit die Rückzahlung der Schulden übernimmt. Von der Regierung wird erwartet, dass sie das umsetzt. Kurz gefasst, erwarten sie eine Absicherung ihrer Investitionen und die Erschließung neuer Bereiche.

Kann die Türkei unter den gegebenen Umständen sowohl die politischen als auch die ökonomischen Erwartungen europäischer und deutscher Investoren langfristig erfüllen?

EB: Die Zukunft der EU ist ungewiss, in den USA macht sich eine faschistische Tendenz bemerkbar, im Nahen Osten herrscht Krieg. In diesen Zeiten ist es schwieriger als sonst, langfristige Voraussagen zu treffen. Zumindest verspricht die Regierung, die Erwartungen zu erfüllen. Ihre Grundausrichtung – die Beschneidung von Rechten der Werktätigen, die sie mittels kultureller Polarisierung (Nationalismus, Konfessionalismus) gegeneinander aufbringt; die Erschließung von Gemeineigentum für das Kapital; Privatisierungen und Transfer von Lohnanteilen an Investoren über Renten- und Vermögensfonds; Förderung individualistischer auf Kosten von solidarischen Praktiken – deckt sich mit derjenigen von internationalen Investoren.

Wie haben deutsche und europäische Anleger auf den Putschversuch in der Türkei, insbesondere auf dem Geldmarkt reagiert?

EB: Nach dem Putschversuch ergriff die Regierung umgehend Initiative, indem sie ausgewählte Vertreter internationaler Anleger zu einem Briefing einberief, auf dem sie verkündete, dass sie jede Maßnahme ergreifen werde, die Märkte vor Turbulenzen zu schützen. Das scheint gewirkt zu haben, die Unruhe legte sich sehr bald. Aber, wie angesprochen, es schwelt eine unabhängige Krisendynamik.

Die Deutsch-Türkische Industrie- und Handelskammer hat erklärt, dass das Jahr 2016 ein sehr zufriedenstellendes Jahr für deutsche Investoren in der Türkei gewesen sei. Teilen Sie diese Einschätzung?

EB: Trotz des Gepolters auf der politischen Bühne scheinen die Beziehungen im Handel und bei Investitionen intakt. Nach dem Putschversuch mag es Störungen bei bürokratischen Abläufen gegeben haben, manche Geschäftspartner sind möglicherweise abhandengekommen, aber das scheint die Bedeutung der Türkei für deutsche Investoren als Markt, als Investitionsraum und als Standort, der sich gen Osten und Süden öffnet, nicht beeinträchtigt zu haben.

In Verbindung mit ihrer geographischen Lage zwischen den Kontinenten kommt der Türkei eine wichtige geopolitische Position zu. Historisch nimmt sie eine Brückenfunktion für internationale Anleger ein. Gilt sie heute immer noch als wichtiger und auch sicherer Hafen?

EB: Wichtig klar; Hunderte Milliarden Dollar internationales Kapital sind in der Türkei angelegt beziehungsweise fixiert. In Bezug auf die Sicherheit... Es gab schon mehrere Putsche, seit bald 35 Jahren herrschen bürgerkriegsähnliche Zustände. Der letzte Putschversuch, die Diktatur und selbst die an Faschismus gemahnenden Tendenzen, Krieg und Zerfall der südlichen Nachbarländer scheinen die Investoren nicht besonders abgeschreckt zu haben.

Haben sich die politischen und ökonomischen Turbulenzen in der Türkei, der Krieg und die Leugnungspolitik gegen die kurdische Bevölkerung gar nicht auf die deutschen und europäischen Anleger ausgewirkt?

EB: Im Zusammenhang mit dem Krieg und der Unterdrückung, allgemeiner den Menschenrechten lässt sich nicht erkennen, dass Anleger eine Sen-

sibilität aufweisen oder sich dies praktisch niederschlägt. Wenn das bei Einem der Fall wäre, käme ein Anderer und würde ihn ersetzen. So läuft Kapitalismus. So lange es keinen Druck gibt, wird sich daran auch nichts ändern. Im Hinblick auf die Depression gibt es ja Initiativen, aber dass die Rolle von Investoren hinterfragt wird, ist mir noch nicht begegnet.

Der Finanzminister Mehmet Şimşek hat kürzlich erklärt, dass das Handelsvolumen zwischen der Türkei und den Vereinigten Arabischen Emiraten im vergangenen Jahr um 36 % gestiegen sei. Kann ein solcher Ausbau der Beziehungen mit einem arabischen Land damit zusammenhängen, dass sich westliche Investoren aus der Türkei zurückziehen?

EB: Ich weiß nicht, wodurch genau es zu diesem Anstieg gekommen ist. Es muss sich auch erst erweisen, ob es ein einmaliger Effekt ist oder ein dauerhafter Trend. In absoluten Zahlen besteht aber ein niedriges Handelsvolumen zwischen den beiden Ländern, so dass man den prozentualen Anstieg nicht überbewerten sollte.

Die Meinung, westliche Investoren zögen sich aus der Türkei zurück, ist sehr verbreitet. Obwohl die Investoren selbst sagen, dass das nicht so ist. Außerdem sind die Absenkung der Kreditnote und die anderen Entwicklungen ja nicht nur für westliche Investoren relevant, sie müssen von allen Investoren, egal welcher Herkunft, berücksichtigt werden. Die hartnäckige Annahme, dem sei nicht so, hängt anscheinend mit einer Vereindeutigung politischer Turbulenzen wie auch mit einer Idealisierung zusammen, wonach westliche Investoren rational und berechnend, andere dagegen irrational handeln.

Wie auch immer, schauen wir uns die Daten des Türkischen Statistischen Instituts an. Inklusiv der Daten für 2016 ergibt sich folgendes Bild: Der Anteil des Westens (hauptsächlich EU und USA) am Handelsvolumen ist nicht gefallen. Er ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen und liegt bei über 50 %. Der Anteil der Länder des Nahen und Mittleren Ostens am Handelsvolumen schrumpft dagegen seit einigen Jahren und liegt bei etwa 13 %. Nur im vergangenen Jahr ist er leicht gestiegen, liegt aber weit unter dem Niveau von 2012. Was normal ist, da Krieg herrscht.

Ziehen wir andere Daten hinzu: Die Direktinvestitionen in die Türkei stammen zu 80-85 % aus dem Westen, ebenso ausländische Kredite, sie kommen zu etwa 80 % aus dem Westen. Diese Zahlen sind seit fünfzehn Jahren, also seitdem die AKP regiert, ziemlich konstant. In allen Bereichen liegt Deutschland ganz vorne. Noch eine Statistik: Welche Länder bevorzugen türkische Anleger, wenn sie im Ausland investieren? Ganz deutlich westliche.

Einen dunklen Punkt gibt es: In den Bilanzen taucht eine hohe Summe Geld auf, das in die Türkei fließt, dessen Herkunft aber nicht bekannt ist oder nicht bekannt gemacht wird. Es macht keinen Unterschied ums Ganze aus, ist aber hoch genug, um eine mächtigende Wirkung auf das Defizit in der Zahlungsbilanz auszuüben. Es gibt Gerüchte, das Geld stamme aus arabischen Ländern, es sind aber Gerüchte, die sich nicht bestätigen lassen. Das Geld könnte auch sonst woher kommen. Jedenfalls lässt sich auf der Grundlage ökonomischer Daten nicht behaupten, dass die Türkei sich gen Osten wendet oder von dort ein ungewöhnliches Interesse an der Türkei besteht. ■■■

KONJUNKTUREINBRUCH IN DER TÜRKEI: WO LIEGEN DIE URSACHEN?

VON ISMAIL DOGA KARATEPE

Der Kursverfall der Türkischen Lira um die Jahreswende war schwindelerregend. In den ersten zwei Wochen des Jahres büßte die Währung fast 9 Prozent gegenüber dem US-Dollar ein. Mitte 2016 lag das Wechselkursverhältnis Lira-Dollar bei etwa 3 zu 1. Zwischenzeitlich wurde die Schwelle von 4 zu 1 erreicht. Experten bewerteten den Rutsch als »einen perfekten Sturm« und die Financial Times stellte fest: »Die Türkei ist in wenigen Jahren vom Liebling der Kapitalanleger zur Krisenkandidatin geworden«.

Zwar pendelte der Wechselkurs sich danach bei etwa 3,7 zu 1 ein (Stand Anfang März 2017). Doch wichtige Konjunkturindikatoren zeichnen weiterhin ein düsteres Bild. Im dritten Quartal 2016 ist die Wirtschaftsleistung um 1,8 Prozent geschrumpft. Die industrielle Produktion ist seit dem ersten Quartal 2016 rückläufig. Der Einkaufsmanagerindex PMI, der das Befinden der verarbeitenden Industrie wiedergibt, fiel auf 47,7 im Dezember 2016, den schlechtesten Wert seit 2009, als die Auswirkungen der Großen Depression am deutlichsten ausgeprägt waren.

Die Daten aus dem letzten Quartal 2016 sind noch nicht bekannt, der Rückgang wird aber höchstwahrscheinlich weitergegangen sein. Darauf verweist der Consumer Confidence Index, der das Befinden von Konsumenten und Produzenten misst. Er fiel nach Angaben der türkischen Statistikbehörde auf 70,5 im Dezember 2016. Im gleichen Monat des vorangegangenen Jahres lag er bei 100,8.

Wo liegen die Ursachen für den Kursverfall und den Einbruch der Wirtschaftsdaten? Häufig genannt wird die politische Instabilität, die von Erdoğan's Streben nach absoluter Macht und Terroranschlägen ausgeht. Doch ist die politische Unsicherheit allenfalls ein auslösender oder beschleunigender Faktor des Konjunkturerinbruchs. Die Ursachen liegen tiefer und zwar im makroökonomischen Regime, das das ökonomische Ensemble mürbe gemacht hat.

DIE FRAGILE STRUKTUR DER TÜRKISCHEN ÖKONOMIE

Die Wachstumsrate in der Türkei im Besonderen und ökonomische Aktivitäten im Allgemeinen basieren seit der Liberalisierung der Kapitalverkehr in hohem Maße auf der Richtung und dem Ausmaß von Kapitalströmen. Das von finanziellen Zuflüssen gesteuerte Wachstum, größtenteils auf kurzfristigen Kapitalanlagen beruhend, folgt einem Boom-Bust-Zyklus. Ein solches Wachstumsmodell ist strukturell fragil und es schränkt die Manövrierfähigkeit politischer Entscheidungsträger erheblich ein.

Der Zinssatz in der Türkei liegt in der Regel über dem Weltdurchschnitt, denn das wahrgenommene Risiko für Investoren ist höher als im Durchschnitt. Tatsächlich offenbaren die makroökonomischen Parameter eine krisenanfällige Struktur. Indes lockt der höhere Zinssatz spekulatives Kapital, die beispielsweise auf Arbitrage-Gewinne aus sind, die durch das Ausnutzen von Kurs- und Zinsunterschieden zustande kommen. Fortwährende Zuflüsse steigern den Appetit, größere Risiken werden eingegangen, wodurch wiederum weiteres Kapital angelockt wird. Dieser Prozess stagniert tendenziell den Nettoexport, da er eine Aufwertung der einheimischen Währung erzeugt, und führt zu einem illusionären Wachstum infolge eines erhöhten Konsums, dank relativ günstiger Importwaren. Es kommt zu einem Handelsbilanzdefizit, dementsprechend einem Leistungsbilanzdefizit, was die Risikowahrnehmung negativ beeinflusst. Um Kapitalflucht zu verhindern, ist die Zentralbank dazu angehalten, den Zinssatz weiter zu erhöhen. Das ist eine finanzielle Zwickmühle in dem Sinne, dass die Zentralbank tendenziell den Zinssatz immer ein bisschen über den Weltdurchschnitt hält. Allerdings wirken sich hohe Zinsen negativ auf Investitionen in die Produktion aus, vermittelt darüber auch auf die Handelsbilanz. Ein solches Setting bahnt den Weg für fragile ökonomische Rahmenbedingungen, die schnell in eine Krise geraten können, üblicherweise ausgelöst durch einen massiven Abfluss von Kapital.

In diesem Zusammenhang ist das Jahr 1989 ein Meilenstein in der ökonomischen Geschichte der

Türkei. Im August 1989 wurden die Kontrollen über die Kapitalbilanz aufgehoben, in Parallelität zu den finanziellen Liberalisierungspolitiken in vielen anderen Entwicklungsländern. Seitdem hängt das Wirtschaftswachstum der Türkei im großen Maße von Finanzkapitalzuflüssen ab. Im Übrigen weist die AKP-Periode eine Kontinuität bezüglich dieses Regulierungsregimes auf. Kurzfristige Portfolio-Investitionen und Kapitalzuflüsse, die den Import anheizten, spielten eine entscheidende Rolle für ein kontinuierliches Wachstum.

Was die AKP-Periode unterscheidet, ist die inländische Verwendung der Kapitalströme. Zwischen 1989 und 2001 war der Staat der hauptsächlichste Kreditnehmer, um das Bilanzdefizit zu kompensieren. Der Staat nahm einen Kredit mit einem höheren Zinssatz als im Weltdurchschnitt, die Zinszahlung lastete auf dem Staatsbudget. Die Kreditaufnahme der öffentlichen Hand und die Zinslast wuchsen in Relation zum BIP während der 1990er Jahre.

Eine solche Fragilität verursachte mehrere Krisen. Die Krise von 2001 war die stärkste Krise in der türkischen Geschichte. Das BIP (kalkuliert über den Produktionsansatz) fiel um 5,7 Prozent. Kritische Ökonomen führten die Krise auf unkontrollierte Kapitalzuflüsse zurück, während die Mainstream-Interpretation auf einer fehlerhaften Steuerung der Ökonomie bestand, wodurch auch das Budgetdefizit hervorgerufen worden sei. Letztere setzten sich durch. Mit einem Stabilisierungsprogramm des IWF wurden finanztechnische Maßnahmen ergriffen, die mittels massiver Privatisierung und Kommodifizierung der Bildungs- und Gesundheitsinfrastrukturen realisiert wurden. Die Maßnahmen änderten nicht die von Kapitalzuflüssen abhängige Struktur. Die Türkei änderte ihre Wirtschaftspolitik unter der Kontrolle des IWF nicht und setzte mit der Akkumulationsstrategie fort, die auf dem Angebot eines relativen hohen Zinssatzes beruht, auch die Überbewertung der Währung (TL) wurde beibehalten.

Das vom IWF geführte Stabilisierungsprogramm wurde nicht in der AKP-Periode gestartet. Die Steuerung der Krise wurde von einer Koalitionsregierung initiiert, deren Wählerbasis schon wegen den schwerwiegenden Folgen der ökonomischen Krise erodierte. Die Maßnahmen waren zum Teil von Technokraten wie Kemal Derviş bestimmt, der von der Weltbank in die Türkei wechselte und als

Wirtschaftsminister angestellt wurde. Während durch die unmittelbaren Folgen der Krise und die ergriffenen Maßnahmen alle politischen Akteure von der Bühne gefegt wurden, übernahm die AKP die Maßnahmen und führte sie fort.

Zwei zusammenhängende Folgen dieser Maßnahmen sind noch zu erwähnen: Erstens wurde der Bankensektor restrukturiert und faktisch den kräftigen Finanzakteuren des Weltmarktes ausgehändigt. Finanzdienste, hauptsächlich der Bankensektor, waren so attraktiv für ausländische Direktinvestoren, dass sie 48 Milliarden US-Dollar anzogen, zum größten Teil mittels Zusammenschlüssen und Zukäufen. Zweitens wurde die Kreditvergabe ausgeweitet, wodurch auch der Schuldenstand der Privathaushalte enorm anstieg. Statt des Staats, der in der prä-2001-Periode Kredite aufgenommen hatte, wurden der private Sektor, vor allem nicht-finanzielle Korporationen und Privathaushalte zu den Hauptkreditnehmern der Banken und Finanzinstitute. Der Zinssatzunterschied zwischen dem inländischen und internationalen Markt erlaubte den Banken und anderen Finanzinstituten ihre Kreditgeschäfte zu erweitern, sodass die Darlehensgewährung an den privaten Sektor durch die Aufnahme von günstigeren internationalen Krediten finanziert wurde. Neben Finanzinstituten schnellten die ausstehenden ausländischen Kredite nicht-finanzieller Institutionen in der AKP-Periode empor.

Die vom privaten Sektor aufgenommenen Kredite haben besonders seit der Finanzkrise zwischen 2007 und 2009 deutlich zugenommen zu haben. Die Steuerung der Finanzkrise und Rezession geschah über den unkonventionellen Weg der Steigerung des Geldumlaufs und einem Zinssatz nahe Null. Diese Wirtschaftspolitik, die federführend von der Federal Reserve und der Europäischen Zentralbank implementiert wurde, senkte den durchschnittlichen Zinssatz drastisch. Da der Realzins in der Türkei höher als der an einem Tiefpunkt angelangte Zinssatz in den führenden Finanzmärkten liegt, war es vergleichsweise einfach für die Türkei ihre Position als attraktiven Markt für Finanzkapital beizubehalten, so wie auch für andere sogenannte Schwellenländer wie Brasilien und Südafrika. Das globale Setting war zuträglich, um den Realzins und die Kreditkosten in der Türkei zu bremsen.

WO BEFINDEN WIR UNS JETZT?

Die Auslandsschulden des privaten Sektors stiegen von 43 auf 229 Milliarden US-Dollar zwischen den Jahren 2003 und 2016. Die Bruttoauslandsverschuldung der Türkei, private und öffentliche Schulden zusammen, liegt bei 416 Milliarden US-Dollar (Stand drittes Quartal 2016). Kurzfristige Schulden, die spätestens innerhalb von 12 Monaten zurückzahlen sind, machen etwa ein Viertel der Gesamtschulden aus. Diese Daten legen nahe, dass der aktuelle Wertverlust der Lira höchstwahrscheinlich Bilanzdiskrepanzen und wirtschaftliche Belastungen für finanzielle wie nicht-finanzielle Institutionen hervorbringen wird, sofern sie hochverschuldet sind.

Das Leistungsbilanzdefizit bildet einen anderen Aspekt der ökonomischen Vulnerabilität. Die Tabelle

unten fasst einige wichtige Informationen bezüglich der Zahlungsbilanz der letzten zehn Quartale zusammen. Die Gesamtfinanz zeigt uns die Richtung und den Ausmaß der Kapitalzuflüsse an. Sie kann als die Summe aus Finanzbilanz und »net error and omission« kalkuliert werden. Letztere sind hauptsächlich nicht registrierte Nettokapitalflüsse, also Kapital unbestimmter Herkunft. Die Tabelle zeigt deutlich, dass das Leistungsbilanzdefizit durchschnittlich 2-3 Milliarden US-Dollar Nettokapitalzuflüsse benötigt. Mit den offiziellen Dollar-Reserven der Zentralbank alleine könnte dieses Defizit nicht für lange Zeit ausgeglichen werden. Es gibt Grund für Pessimismus, da die FED angekündigt hat, den Zinssatz in den USA weiter zu erhöhen, wodurch mehr Kapital angezogen wird. Die Nettokapitalzuflüsse zu Schwellenländern wie die Türkei würden dadurch verlangsamen.

TABELLE WICHTIGE INDIKATOREN

(US- Dollar Millionen)	Leistungsbilanz	Gesamtfinanz	Offizielle Reserven
2014Q2	-12144	18285	6138
2014Q3	-6110	7800	1647
2014Q4	-14313	10943	-3373
2015Q1	-10529	6897	-3633
2015Q2	-11331	10416	-915
2015Q3	-2691	3469	773
2015Q4	-7619	-422	-8056
2016Q1	-7855	9947	2107
2016Q2	-11210	17565	6355
2016Q3	-5728	2902	-2818

Die aktuelle Abschwächung der Konjunktur und die Geldentwertung sollten als Ausdruck von Fragilität gesehen werden, die in das makroökonomische Regime eingeschrieben ist. Die innenpolitische Instabilität ist höchstens ein Auslöser, doch könnte dies auch von anderen Ereignissen ausgehen, die in der Türkei oder im Rest der Welt passieren. Es lässt sich nicht voraussehen, ob die Zentralbank der Türkei den Wertverfall der türkischen Lira aufhalten kann, und ob politische Entscheidungsträger die Konjunktur noch mal ankurbeln können. Klar ist aber, dass die Fragilität gegeben ist und sich in Abhängigkeit von der Richtung der finanziellen Flüsse zu einer vollkommenen Währungs- und Wirtschaftskrise ausentwickeln kann. ■

ZWISCHEN SPIRITUALITÄT UND KULTURTOURISMUS: NEO-OSMANISCHE STADTENTWICKLUNG IN EYÜP/ISTANBUL

VON AYŞE ÖZTÜRK

Als ich im November 2016 mit der 24-jährigen Merve durch das Zentrum des Istanbuler Stadtteils Eyüp laufe, fällt uns ein neuer sandsteinfarbener und freistehender Steinsockel auf. Er ist etwa 1,20 Meter hoch und steht neben dem Eingang zum Caferpaşa-Kulturzentrum. An der Vorderseite des Sockels befindet sich ein Schlitz, durch den Münzen passen. Merve, die aus einem entfernteren Viertel der Stadt nach Eyüp gekommen ist, um an einem von der Stadtteilverwaltung organisierten Miniaturmalkurs teilzunehmen, liest das Schild auf dem Sockel und erklärt mir, dass es sich um einen »osmanischen Almosenstein« handle: Wer bedürftigen Menschen helfen möchte, kann hier Geld spenden. Neugierig, wie man als Bedürftiger wohl an die Spenden herankommt, schauen wir uns die Rückseite des Sockels an. Dort befindet sich ein kleines Türchen mit Vorhängeschloss. Nach kurzem Erstaunen kommentiert Merve, dass eine solche Sicherheitsmaßnahme heutzutage wohl nötig sei.

ALMOSENSTEINE IN EYÜP

Fünf solcher »Almosensteine« (sadaka taşları) stehen seit dem Fastenmonat Ramadan im Juni 2016 im historischen Zentrum von Eyüp. Freiwillige Almosen (sadaka) sind ein wichtiges islamisches Konzept und können zusätzlich zur obligatorischen Almosensteuer zekat entrichtet werden. Besucher und Bewohner Eyüps werden durch eine von der Stadtteilverwaltung organisierte Ausstellung im Caferpaşa-Kulturzentrum auf die Bedeutung der Steine aufmerksam gemacht: Als wichtiges osmanisches Kulturerbe spiegeln sie die Mentalität der von den Ausstellungsorganismatoren als »unser« bezeichneten Zivilisation wider. Sie reflektieren »unsere Tradition« des Teilens und den Befehl »unseres Glaubens« zu spenden; sie seien Symbol von Edelmut (asalet) und Erbarmen (merhamet). [1] Das Beispiel der Almosensteine zeigt allgemeine Tendenzen aktueller Stadtentwicklungs- und Kulturpolitik in Eyüp auf, die im Zusammenhang mit größeren gesellschaftlichen Entwicklungen in der Türkei stehen. Zentral für diese Prozesse ist die Propagierung von Erbe und Identität Istanbuls und der Türkei in den Narrativen der AKP (Partei für

Gerechtigkeit und Aufschwung), die auf lokaler und nationaler Ebene regiert. Dies schließt das Selbstverständnis der AKP ein, die ihre Regierungslegitimation zum Teil aus dem Anspruch ableitet, das osmanische Erbe fortzuführen.

Das Almosenstein-Projekt in Eyüp wird von der Stadtteilverwaltung gemeinsam mit dem Sadakataşı Derneği (Almosenstein-Verein) durchgeführt, der sich um die Verteilung der Spenden kümmert. Der Verein, dessen Ausrichtung seiner Website nach zu schließen regierungsnah und islamistisch ist, unterstützt in zahlreichen Ländern Opfer von Krieg und Katastrophen, indem er Nahrungs- und Gesundheitsversorgung gewährleistet, islamische Bildung unterstützt und islamische Bräuche fördert. Das Prinzip der osmanischen Almosensteine, so die Organisatoren des Projekts, bestehe in der Anonymität von Spender und Empfänger. Folglich müssten sich Bedürftige nicht schämen und Wohltäter könnten sich nicht mit ihrer Tat brüsten. Statt wie bei den historischen Steinen eine offene Vertiefung, aus der Bedürftige Geld entnehmen können, bieten die 2016 in Eyüp aufgestellten Steine jedoch nur einen Schlitz in das verschlossene Innere. Die Spenden gehen an eine Hilfsorganisation, die diejenigen, die sie unterstützt, auf ihre Hilfsbedürftigkeit überprüft und sie registriert.

Das Design der neuen Almosensteine weicht also in einem wesentlichen Punkt von seinen osmanischen Vorgängern ab. Dadurch wird die grundlegende Funktion des anonymen und selbstbestimmten Nehmens unmöglich gemacht. Dieser offensichtliche Unterschied wird von der Stadtteilverwaltung und dem Verein nicht angesprochen. Allerdings impliziert der Hinweis, dass zu osmanischer Zeit nie mehr Geld als nötig entnommen worden sei, einen moralischen Verfall der heutigen Gesellschaft. Die Selbstdarstellungen von Stadtteilverwaltung und Verein legen den Fokus auf die Almosenspenden und kaum auf die Empfänger, deren Identität unklar bleibt. Statt auf die Bedürfnisse der Empfänger wird auf das »Bedürfnis« der Gebenden eingegangen, am Ende des Ramadan fitre-Almosen spenden zu können.

Dass es heutzutage effektivere Hilfsangebote für Bedürftige gibt als Almosensteine, wird eingeräumt. Ziel des Projekts sei vielmehr, eine osmanische Tradition wiederzubeleben und zu verbreiten: In Zukunft sollen daher weitere Almosensteine an andere Orte der Türkei gesendet werden. Das Aufstellen der Steine kann somit als »erfundene Tradition« bezeichnet werden in dem Sinne, dass statt konkreter und praktischer Inhalte universale Werte und die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft betont werden. Dabei wird eine vermeintliche Kontinuität mit der Vergangenheit hergestellt. [2]

Ziel ist erstens eine »Osmanisierung« des Viertels, die sich auf eine selektive Neuinterpretation des »Osmanischen« stützt, bei der der Islam eine wichtige Rolle spielt. Zweitens wird Eyüp ins Zentrum einer imaginierten osmanisch-islamischen Landkarte gerückt, die über die Türkei hinaus reicht: Aus dem Stadtteil sollen sowohl Spenden zu Muslimen in anderen Teilen der Welt gelangen, als auch mit den Almosensteinen selbst eine auf bestimmte Weise interpretierte osmanische Kultur innerhalb der Türkei verbreitet werden.

Außerdem lassen die neuen Almosensteine den Anspruch der Stadtteilverwaltung und der nationalen AKP-Regierung erkennen, als kompetente Interpreten und Bewahrer von kulturellem Erbe und als großzügige und vertrauenswürdige Verteiler von Sozialleistungen aufzutreten. Es werden Fähigkeit und Recht beansprucht, die Beziehung zwischen Spender und Empfänger zu verändern und mit dem Almosenstein-Verein einen Akteur in die Verteilung von Almosen einzubeziehen, dessen Eingreifen als gerechter dargestellt wird als der unkontrollierte Austausch unter der Bevölkerung.

Die Almosensteine dienen auch dazu, ein bestimmtes Erbe für Touristen sichtbar und erlebbar zu machen. Sie tragen damit zu der aktuell zu beobachtenden touristischen Inwertsetzung des Stadtteils bei, die im Zusammenhang globaler Tendenzen zur Aufwertung historischer, am Wasser gelegener Stadtteile und der Vermarktung von Städten durch Kultur steht.

WANDELNDE BEDEUTUNGEN EYÜPS

Der Name des Distrikts Eyüp leitet sich vom Prophetengefährten Halid bin Zeyd Ebu Eyyub el-Ensari ab. Er starb etwa im Jahr 669 bei einem Versuch der frühen Muslime, das byzantinische

Konstantinopel zu erobern. Der Legende nach wurde sein Grab mehrere hundert Jahre später bei der osmanischen Eroberung Konstantinopels 1453 auf Grund eines Traums des Religionsgelehrten Akşemsettin etwas außerhalb der Stadtmauern in der Nähe des Goldenen Horns wiederentdeckt. Sultan Mehmet II. ließ dort einen Schrein mit angrenzendem Moscheekomplex errichten. Aufgrund des Glaubens, dass diejenigen, die in der Nähe des Prophetengefährten begraben sind, am Tag des Jüngsten Gerichts von ihm angeführt würden, und wegen des Prestiges des Orts im Diesseits ließen sich viele religiöse Autoritäten und Staatsgrößen in der Nähe des Schreins bestatten. Im Laufe der Zeit wurden in der Umgebung zahlreiche Konvente, Medresen und Moscheen gegründet. Die Thronbesteigungszeremonie vieler Sultane fand am Schrein Ebu Eyyubs statt, der zu einem Pilgerort geworden war. Die Verbindung zum Propheten Muhammed, zur heiligen Stadt Medina und zur »Goldenen Frühzeit« des Islam, die über den Prophetengefährten hergestellt wurde, und die wundersame Wiederentdeckung seines Grabs wurden als wichtige islamische Legitimation für die Herrschaft der nicht-arabischen Osmanen verstanden.

Mit der Gründung der laizistischen Republik Türkei 1923 löste Ankara Istanbul als Hauptstadt ab, das nun symbolisch für die osmanische Vergangenheit stand, von der man sich abgrenzen wollte. Alte Gebäude in Istanbul wurden ihrer früheren Nutzung entbunden und verfielen. Das traf insbesondere auf religiöse Konvente und Schreine zu, die 1925 geschlossen wurden. Der Schrein Ebu Eyyubs wurde erst 1950 unter der Regierung der Demokratischen Partei, die die islamische Identität Istanbul wieder stärker betonte, wiedereröffnet.

Während der Industrialisierung im 19. und 20. Jahrhundert wurden entlang des Wasserarms des Goldenen Horns Fabriken gebaut, die zahlreiche Arbeiter vor allem aus Anatolien anzogen. Wie in Istanbul insgesamt entstanden auch in Eyüp durch die starke Landflucht in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts viele informelle Siedlungen (gecekönu), so dass bald nur noch die großen Friedhöfe Grünflächen darstellten.

Im Zuge der Liberalisierungspolitik in den 1980er Jahren sollte das Goldene Horn als »Kulturort« mit Universitäten, Kunst- und Veranstaltungszentren entwickelt werden, wofür die meisten In-

dustriegebäude abgerissen wurden. An den Ufern wurden Grünflächen angelegt, die allerdings eine mehrspurige Straße von den umgebenden Vierteln trennte. Eyüp schien als potentiell Touristenziel ausbaubar: Als Sehenswürdigkeiten boten sich der Schrein Ebu Eyyubs mit den zahlreichen osmanischen Gebäuden in der Umgebung und das Pierre Loti Café, ein Aussichtspunkt auf dem Friedhofshügel hinter dem Schrein, an. Sowohl für das historische Zentrum also auch für die Gegend um das Café entstanden ab Mitte der 1980er Jahre Stadtentwicklungspläne mit dem Ziel, historische Gebäude und Stadtteilstruktur besser zu schützen und sie für Touristen attraktiver zu machen.

EYÜP UNTER AKP-REGIERUNG

1994 gewann die Refah Partisi (Wohlfahrtspartei), eine Vorgängerpartei der heute regierenden AKP, die Wahlen sowohl im 1983 gegründeten Distrikt Eyüp als auch in ganz Istanbul. Der heutige Präsident der Türkei, Recep Tayyip Erdoğan, wurde Bürgermeister von Istanbul. Die AKP und ihre Vorgängerparteien stellen seitdem in Eyüp und im Großraum Istanbul und seit 2002 auf Staatsebene kontinuierlich die Regierung.

Die politisch konservative Partei bedient sich einer islamischen und neo-osmanischen Rhetorik und positioniert sich damit demonstrativ im Gegensatz zur CHP (Republikanische Volkspartei), die Mustafa Kemal Atatürk 1923 gegründet hatte. Die AKP inszeniert sich als Unterstützer konservativer und religiöser Schichten, die sich nach Republikgründung von den teils drastischen Maßnahmen zur Säkularisierung und Modernisierung von Staat und Gesellschaft unterdrückt fühlten. Die osmanische Zeit wird von der AKP als goldenes Zeitalter kultureller und sozialer Harmonie und Authentizität dargestellt, der osmanische Staat als geeignete politische Ordnung dafür. Die laizistische Republik dagegen repräsentiert in dieser Erzählung den Bruch mit dem eigenen Erbe und eine Verfremdung durch Verwestlichung.

Der Stadt Istanbul als ehemaliger Hauptstadt des Osmanischen Reiches wird dabei eine besondere Rolle für die wiederzubelebende osmanisch-islamische Identität zugesprochen. So stilisierte die Wohlfahrtspartei 1994 ihren Wahlsieg als »Wiedereroberung Istanbul« in Anspielung an die osmanische Eroberung 1453. Die Stadt wird oft als Projektionsfläche für politische Auseinandersetzungen

benutzt, wie dies beispielsweise bei den Gezi-Protesten 2013 sichtbar wurde.

Innerhalb Istanbuls nimmt Eyüp in neo-osmanischen, islamistischen Narrativen eine zentrale Position ein. Die angebliche Verbindung des Prophetengefährten Ebu Eyyub – und damit des Propheten selbst – mit der osmanischen Eroberung Konstantinopels wird auch von Eyüps Stadtteilverwaltung unter anderem in Stadtführern (2011, 2016) und einem Symposium (2015) zum Thema »Ebu Eyyub und die Eroberung Istanbuls« aufgegriffen. Eine islamische Herrschaft über Istanbul wird darin als göttlich prophezeit suggeriert. Heutige Türken werden in derartigen Erzählungen als Erben der Osmanen, der muslimischen Eroberer Konstantinopels, präsentiert.

DIE ZENTRALE POSITIONIERUNG EYÜPS

Die Eyüp zugesprochene zentrale Position weltweit und innerhalb Istanbuls wird durch seine angebliche islamische Bedeutung erklärt: In dem 2016 von der Stadtteilverwaltung veröffentlichten Führer nennt der Stadtteilbürgermeister Remzi Aydın Eyüp »eines der wichtigsten spirituellen Zentren nach Mekka, Medina und Jerusalem.« [3] Außerdem wird Eyüps Bedeutung als osmanisches Kunst-, Kultur- und Bildungszentrum betont.

Infrastruktur und Zugänglichkeit des Viertels spielen eine wichtige Rolle dabei, wie der historische Teil Eyüps ins Zentrum einer imaginierten Geographie gerückt wird. Innerhalb Istanbuls wurde Eyüp 1998 durch eine Fährlinie mit Üsküdar, dem anderen osmanisch und islamisch konnotierten Stadtteil außerhalb der historischen Stadtmauern, verbunden. Das Pierre Loti Café ist seit 2005 per Seilbahn vom Zentrum Eyüps aus erreichbar. Demnächst soll es eine zweite Seilbahn mit dem Themenpark Miniaturtürk auf der anderen Seite des Goldenen Horns verbinden. Dort konstruiert die Ausstellung von Miniatur-Monumenten verschiedener Epochen und Gebiete ein selektives und glorifizierendes osmanisch-islamisches Verständnis des Erbes der heutigen Türkei. Die Nachbauten der historischen Monumente verbindet die Seilbahn mit dem von Remzi Aydın als »lebendig« bezeichneten spirituellen Zentrum derselben imaginierten Zivilisation.

Ein Bewusstsein der Bewohner Eyüps für die Bedeutung ihres Wohnortes in einer Geographie, die

Istanbul überschreitet, sollen sogenannte »Vereinigungs-Reisen« (Vuslat Yolculukları) schaffen, die zum Schrein des Mystikers Mevlana Rumi im anatolischen Konya, einer früheren Hauptstadt der Seldschuken, führen.

Der Ausbau von Verkehrsrouten stellt also Verbindungen zu anderen Orten innerhalb und außerhalb Istanbuls her, denen bestimmte Bedeutungen in einer imaginierten Geographie zugeschrieben werden. Im Verhältnis zu diesen Orten wird die Bedeutung von Eyüp konstruiert. Die Geschwindigkeit der Stadtentwicklung macht die Veränderlichkeit der Beziehungen zwischen verschiedenen Orten und damit der Eigenschaften, die einem Ort wie Eyüp zugesprochen werden, deutlich. [4]

OSMANISIERUNG

Die selektive Neuinterpretation der osmanischen Geschichte steht im Zusammenhang mit zeitgenössischen Interessen der regierenden AKP und ihren Vorstellungen zu aktuellen und zukünftigen Gesellschaftsordnungen. [5] In der aktuellen Rhetorik der AKP wird nicht nur das Islamische am Osmanischen betont, sondern auch der Bezug auf das osmanische Erbe im Zusammenhang mit nationalistischer und antiwestlicher Rhetorik benutzt. [6]

Wie selektiv diese Geschichtsschreibung der AKP ist, verdeutlicht der Stadtführer: Auf dem Gebiet Eyüps existierte zu byzantinischer Zeit die Siedlung Kosmidion, die ebenfalls ein religiöses Zentrum mit Kirchen und einem wichtigen Kloster darstellte. Laut Stadtführer war Kosmidion schon vor der osmanischen Eroberung von Kreuzfahrern zerstört worden, [7] was historisch jedoch nicht nachgewiesen ist. Dadurch kann Eyüp als pures und »originales« Beispiel osmanisch-islamischer Stadtentwicklung dargestellt werden, im Gegensatz zu den Gebieten innerhalb der Stadtmauern, die frühere römische und byzantinische Strukturen aufnahmen und transformierten.

Die Sehenswürdigkeiten auf den Routen, die der Stadtführer vorschlägt, sind fast alle osmanische Bauwerke mit islamischem Bezug, größtenteils Moscheen und Schreine. Ein besonderer Fokus wird auf Werke des berühmten Architekten Sinan (gest. 1588) gelegt. Genauer erläutert wird vor allem die Architektur der Bauwerke, die Sozialgeschichte wird dagegen fast nicht angesprochen. So geht der Führer kaum auf unterschiedliche islami-

sche Gruppen oder die Rolle von Nicht-Muslimen ein, lediglich eine armenische Kirche zählt er als Sehenswürdigkeit auf. Eyüps industrielles Erbe wird mit Ausnahme von Feshane, das als Veranstaltungszentrum genutzt wird, ausgeblendet; nur ehemalige Industriegebäude am anderen Ufer des Goldenen Horns werden beschrieben. Anstelle ihrer osmanischen Entstehungszeit werden die Fabriken der aktuellen Nutzung als Museen und Veranstaltungszentren zugeordnet und sollen so auf ein kulturell aktives Umfeld Eyüps hinweisen. Byzantinische Ruinen oder republikanische Bauten sind keine Anlaufpunkte auf den empfohlenen Routen.

Seit dem Regierungsantritt der Refah Partisi 1994 wurden viele osmanische Gebäude in Eyüp, die zu dem von der AKP favorisierten Narrativ des Osmanischen passen, renoviert. Dazu zählen der Eyüp Sultan-Schrein (2011-2015), die Zal Mahmut Paşa-Moschee (2012-2015) und frühere Konvente, in denen die Stadtteilverwaltung teilweise Kulturzentren eröffnete. Kurse in »traditioneller« Kunst, Musik und Osmanisch sollen dort die Funktion Eyüps als Kultur- und Bildungszentrum wiederbeleben.

TOURISMUS

Den Anspruch, Eyüp stärker touristisch zu erschließen, zeigen mehrere Projekte der Stadtteilverwaltung zur Führung und Information von Touristen. Dazu zählen die App »Eyüp Mobil«, verschiedene Stadtführer und Ausschilderungen von Sehenswürdigkeiten und touristischer Infrastruktur. Dies soll sowohl Pilgertourismus als auch Kulturtourismus fördern. Neben Besuchern aus Istanbul und der Türkei sind insbesondere Muslime aus ehemals osmanischen Gebieten auf dem Balkan sowie arabische, afrikanische und indonesische Muslime die Adressaten, an die in Eyüp das Bild der Türkei als Erbin einer glorreichen osmanischen und islamischen Zivilisation vermittelt werden soll. Allerdings gibt es auch Befürchtungen innerhalb der Stadtteilverwaltung, dass ein zu ausgeprägter Kulturtourismus von Besuchern, die sich nicht an bestimmte Verhaltensnormen halten, und eine Kommodifizierung Eyüps die »friedliche«, religiöse Atmosphäre des Viertels zerstören könnten.

Die Stadtteilverwaltung bewirbt Eyüp als »Hauptstadt des huzur«. Das arabischstämmige Lehnwort huzur gelangte über die islamische Mystik ins Osmanische und stellt heute ein komplexes Konzept von innerem und sozialem Frieden dar. Historische

Brüche und soziale Konflikte scheinen in dieser Art der Geschichtsschreibung und Stadtteilvermarktung keinen Platz zu haben. Als weitere wichtige Komponente der huzur-Atmosphäre wird mit der Lage am Wasser und den im Vergleich zum übrigen Istanbul zahlreichen Bäumen und Blumen auf den Friedhöfen ein Kontrast zum modernen Stadtleben konstruiert. Laut Stadtführer kann man hier »dem modernen Stadtleben entfliehen und sich aus [...] [dem] von Technologie eingekreisten Leben auf eine Reise der Entschleunigung retten.« [8] Der dabei entstehende innere Frieden sei das gleiche Gefühl, wie in die Heimat zurückzukehren.

STADTTEILVERWALTUNG

Die Stadtteilverwaltung ist ein zentraler Akteur für die Osmanisierung Eyüps und seine Positionierung im Zentrum einer osmanisch-islamischen Geographie, womit auch der lokale Tourismus gefördert werden soll. Der Stadtteilbürgermeister erwähnt oft die Verantwortung der Stadtteilverwaltung dafür, das reiche Erbe dem Volk zu präsentieren und kommenden Generationen zu übermitteln. Diese Verantwortung wird weniger durch Wahlen als durch die Wichtigkeit des Erbes begründet. Auffällig ist an dieser Rhetorik, dass die AKP viele osmanische Begriffe arabischer Herkunft anstelle ihrer türkischen Äquivalente benutzt.

Mit Plakaten, die ihre Errungenschaften und neue Projekte zeigen, und mit Veranstaltungen im öffentlichen Raum wie dem inszenierten Verteilen von Mahlzeiten an religiösen Festtagen ist die Stadtteilverwaltung visuell sehr präsent. Die Selbstvermarktung als Wohltäter steht dem Prinzip des anonymen Spendens, wie es die Almosensteine versinnlichen sollen, jedoch entgegen. Diese patriarchale Geste der Großzügigkeit findet sich allerdings in vielen Selbstdarstellungen der Stadtteilverwaltung und anderer Regierungsinstitutionen wieder.

In der Rolle als Schützer und Übermittler von Moral und Kultur möchte die staatliche Administration zudem in der Bevölkerung ein neues Identitätsbewusstsein schaffen. Um ihre Aktivitäten zu legitimieren, bezieht sich die Regierung auf selbst definierte moralische Werte und auf den angeblichen Willen der als homogen dargestellten Nation (milletin iradesi), anstatt auf die Willensvielfalt der Bevölkerung einzugehen, wie sie in Wahlen sichtbar wird. Das macht ihre Politik schwerer kritisierbar.

EYÜP ALS ISLAMISCH-OSMANISCHER ORT

Für die anfangs erwähnte Merve ist Eyüp ein attraktiver Ort: Sie nimmt lange Wege in Kauf, um an den von der Stadtteilverwaltung angebotenen Kunstkursen teilzunehmen, obwohl es in ihrem eigenen Stadtteil Kurse zu den gleichen Themen gibt. Einerseits sieht sie einen Unterschied in der Unterrichtsqualität, andererseits kann sie sich hier in einem Rahmen bewegen, in dem islamische Verhaltensregeln ihrem Verständnis entsprechend geachtet werden, wie die Möglichkeit zu Geschlechtertrennung und Gebet. Es ist ein Ort ihrer persönlichen Bildung in der Kulturtradition, die sie als ihre »eigene« empfindet. Im Gespräch über den Stadtteil hebt sie außerdem die Bedeutung des Prophetengefährten hervor, der Eyüp »für uns« zu einem besonderen Ort mache.

Damit ist Eyüp identitätsstiftend für ihre Gefühle religiöser, kultureller und möglicherweise nationaler Gruppenzugehörigkeit. Merve betont die Herkunft ihrer Familie aus der Osttürkei, die oft als kulturell entfernt von der Westtürkei gesehen wird. Indem Eyüp in einer weiträumigen vorgestellten Zivilisation anstatt in seiner westtürkischen Umgebung situiert wird, kann es auch Menschen aus entfernteren Gegenden in seine identitätsstiftende Erzählung integrieren.

Die angeführten Beispiele zeigen, dass aktuelle Stadtentwicklungs- und Kulturpolitik das historische Zentrum von Eyüp als Ort konstruiert, der eine besondere Rolle in den von der Regierungspartei AKP propagierten nationalistischen und neo-osmanischen Narrativen spielt. In diesem Zuge wird Eyüp als wichtiges Zentrum einer imaginierten islamischen, neo-osmanischen und damit verbundenen türkischen und internationalen Geographie positioniert. Die Identität der »Zivilisation«, deren spirituelles Zentrum Eyüp verkörpern soll, basiert auf einer selektiven Interpretation seiner Geschichte, bei der prägende historische Epochen und Ereignisse wie das byzantinische Kosmidion, osmanische und republikanische Modernisierungsbestrebungen oder der Türkische Befreiungskrieg (1919-1923) ebenso wenig thematisiert werden wie die Rolle von Aleviten und Armeniern für die Entwicklung des Stadtteils. Die sozial, religiös und ethnisch vielfältige Geschichte Eyüps wird auf ein sunnitisch orientiertes islamisches und ein als türkisch verstandenes osmanisches Erbe reduziert. ■■■

[1] Eyüp Belediyesi: »Fotoğraflarla Sadaka Taşı Sergisi« Sanatseverlerle Buluştu. 7.6.2016.

[2] Vgl. Eric Hobsbawm: Inventing Traditions. In: Eric Hobsbawm/Terence Ranger (Hg.): The Invention of Tradition. Cambridge: Cambridge University Press, 1983. S. 1.

[3] Remzi Aydın: Eyüp'e Hoşgeldiniz. In: Kutse Özafşar/Adem Uyar (Hg.): Eyüp Gezi Rehberi. Istanbul: Eyüp Belediyesi Yayınları 2016. S. 1.

[4] Vgl. Doreen Massey: A Global Sense of Place. In: Marxism Today. June 1991. S. 29.

[5] Vgl. Brian Graham/Gregory John Ashworth/John E. Tunbridge: A Geography of Heritage. London: Arnold, 2000. S.11ff.

[6] Vgl. Hakan Yavuz: Social and Intellectual Origins of Neo-Ottomanism: Searching for a Post-National Vision. In: Die Welt des Islams 56, 2016. S. 440.

[7] Siehe Kutse Özafşar/Adem Uyar. Op. Cit, S. 7.

[8] Aydın. In: Özafşar/Uyar. Op. cit. S. 1.

Ayşe Öztürk untersucht Stadtentwicklungsprozesse in der Türkei.

Der Artikel erschien zuerst in der Zeitschrift inamo, Nr. 89, Frühjahr 2017, S. 39-42.